

Schwanheimer Zeitung

(Schwanheimer Anzeiger)

Die Schwanheimer Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Samstags. Abonnement 55 Pfg. monatlich frei ins Haus, oder 50 Pfg. in der Expedition abgeholt; durch die Post vierteljährlich M. 1.80 ohne Bestellgeld.
Redaktion und Expedition:
Baronsenstrasse 3. Telefon: Amt Hanja, Nr. 1720.



Anzeigen: Die fünfgespaltene Beilagen- oder deren Raum 15 Pfg. Bei größeren Aufträgen und öfteren Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. — Inseraten-Aannahme auch durch alle größeren Annoncen-Bureaus.
Redaktion und Expedition:
Baronsenstrasse 3. Telefon: Amt Hanja, Nr. 1720.

Ämtliches Verkündigungsorgan für die Gemeinde Schwanheim

Wöchentliche Gratis-Beilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Ortskommandant der hiesigen Besatzung hat folgendes angeordnet:

1. Verkehr.

- Innerhalb der Gemeinde ist der Verkehr frei von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends (französische Zeit).
- Das Ueberschreiten der Ortsgrenze, somit auch der Mainbrücke ist nur gegen Vorzeigen eines von mir ausgefertigten und durch den Ortskommandanten bescheinigten Passierscheines gestattet. In Betracht kommen zunächst alle Personen, die beruflich in Frankfurt, Griesheim oder Höchst tätig sind, sowie Schüler, außerdem Landwirte usw., die zur Ackerbestellung und dergl. die Ortsgrenzen überschreiten müssen. Alle diese Personen können einen Dauer-Passierschein erhalten. Darüber hinaus kann in dringenden Fällen auch anderen Personen ein Passierschein mit ein-tägiger Gültigkeit erteilt werden.
- Nachts ist jeder Verkehr grundsätzlich zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens (französische Zeit) untersagt.

Eine Ausnahme ist nur für die Arbeiter der Griesheimer Fabriken insofern zugelassen, als diese die Brücke auch abends zwischen 10 und 11 Uhr und morgens zwischen 5 und 6 Uhr (französische Zeit) passieren können. In den übrigen Nachtstunden ist ein Verkehr nur gegen besonderen Ausweis gestattet, der wie alle Passierscheine auf Zimmer 9 des Rathauses ausgestellt wird.

2. Versammlungen.

Jede Anhäufung ist verboten. Keine Versammlung, keine Vorstellung, keine Vereinigung irgend welcher Art darf ohne Erlaubnis der Polizeibehörde und ohne vorherige Vorlegung und beglaubigte Annahme des Programms durch dieselbe stattfinden.

3. Wirtschaften.

Alle Wirtschaftsbetriebe müssen um 8 Uhr abends geschlossen sein. Patrouillen werden abends, von Polizeiergeanten begleitet, die Wirtschaften und Straßen durchgehen. Der Verkauf alkoholischer Getränke an Angehörige der Besatzungstruppe ist nur vormittags von 10—1 Uhr und nachmittags von 5—8 Uhr zulässig.

4. Presse.

Keine Zeitung, kein Buch, keine Broschüre, kein Plakat, keine Notiz darf gedruckt, veröffentlicht oder verteilt werden, ohne Erlaubnis des die Armee kommandierenden Generals. Ein Exemplar jeder Druckschrift dieser Art muß der Behörde, welche die Erlaubnis zur Veröffentlichung erteilt, übergeben werden.

5. Post- und Telegrafendienst.

Änderungen treten vorerst hier nicht ein.

6. Waffen und Munition.

Der Verkauf und das Tragen von Waffen sind untersagt. Alle Schusswaffen (Gewehre, Pistolen, Floberis usw.) sind sofort auf Zimmer 2 des Rathauses abzuliefern.

7. Requisitionen.

Die Requisitionen werden den französischen Besetzen gemäß ausgeführt. Die strengsten Strafen werden gegen alle Personen ausgesprochen, welche versuchen würden, sich einer Requisition von Gegenständen zu entziehen.

8. Verschiedenes.

Alle Zivilisten haben bei jeder Gelegenheit und überall den Offizieren der alliierten Armee eine achtungsvolle Haltung einzunehmen.

An Häusern, die mit Einquartierung belegt sind, dürfen die Haustüren nachts nicht abgeschlossen werden. Brieftaubenzüchter müssen ihren Bestand an Brieftauben bis heute abend 5 Uhr im Rathaus, Zimmer 2, anmelden. Die Taubenschläge sind offenzuhalten.

9. Strafen.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden durch den Ortskommandanten strengstens bestraft. Ich erwarte dringend von der Einwohnerschaft, daß sie den Anordnungen der Besatzungsarmee aufs peinlichste nachkommt. Für alle Verstöße dagegen sowie alle Störungen der Ruhe und Ordnung bin ich persönlich verantwortlich gemacht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.
Die Polizeiverwaltung.

Der Bürgermeister. J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saat- und Steckzwecken und deren Höchstpreise.

Auf Grund der §§ 1, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917

(Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird unter Aufhebung der Bekanntmachung gleichen Inhalts vom 15. November 1917 (Reichsanzeiger 273) bestimmt:

§ 1. Im Gebiet des Deutschen Reiches dürfen Saat- und Steckzwiebeln zu Saat- und Steckzwecken nur gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen und Elsaß-Lothringen der Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst) abgesetzt werden. Die genannten Stellen erlassen die näheren Bestimmungen über die Saatkarte und über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

§ 2. Soweit inländische Saat- und Steckzwiebeln nach § 1 dieser Bekanntmachung zu Saat- und Steckzwecken abgesetzt werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überschritten werden.

Für Saatzwiebeln bis 31. Dezember 1918 21 Mk., vom 1. Januar 1919 ab je Monat und Zentner 1 Mk. mehr.

Für Steckzwiebeln

1. längliche und ovale:
Größe I unter 1 1/2 cm Durchmesser 100 Mk.
Größe II 1 1/2—2 cm Durchmesser 80 Mk.
Größe III 2—2 1/2 cm Durchmesser 60 Mk.
2. plattrunde:
Größe I unter 2 cm Durchmesser 120 Mk.
Größe II 2—2 1/2 cm Durchmesser 100 Mk.
Größe III 2 1/2—3 cm Durchmesser 80 Mk.

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 28. November 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst. Der Vorsitzende: Tilly.
Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.
Der Bürgermeister. J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Die A.-G. Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning hier, und die Chemische Fabrik Griesheim-Elektro in Griesheim a. M. haben in entgegenkommender Weise ihre Entlausungsanstalten den heimkehrenden Soldaten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Ent-

Sarte Prüfung.

Roman von Max Hoffmann.

35

„Wir sind vor dem Lokal angelangt,“ sagte Fritz sehr leise. „Sie gehen wohl wieder zu der Gesellschaft zurück, Herr Professor?“

Wallmuth merkte, daß er ihn los sein wollte, aber er mochte ihn den Gefallen nicht tun und versetzte: „O nein, ich interessiere mich durchaus nicht für jenen Kreis. Ich bleibe lieber noch in Ihrer wertvollen Gesellschaft, wenn's Ihnen nicht unangenehm ist.“

Niemand erwiderte etwas darauf, und Wallmuth war also eigentlich abgewiesen; aber er tat, als ob er es nicht merkte, setzte sich zu Felicia und den beiden Herren an den Tisch und war sogar so dreist, sein erstes Glas Wein „auf das Wohl der schönen Vertreterin des Bundes der Zukunft“ zu leeren.

Fritz warf ihm einen verwunderten Blick zu und schweig eine Weile. Erst nach einiger Zeit begann er: „Siehst Du, liebe Felicia, ich hatte es Dir gleich gesagt, daß diese Gesellschaft keinen Zweck haben würde. Nun bist Du hoffentlich von Deiner Wühlgier befreit?“

„Umsonst, da ich diesen Menschen entlarvt habe,“ sagte Felicia vergnügt hinzu.

„Es ist ja wahr,“ sagte Felicia nachdenklich. „Was aber war unter den Worten „Ich beuge“ zu verstehen?“

„Sollte Ihr Herr Vater damit gemeint sein?“ fragte Wallmuth.

„Scheint so! Und eben deshalb war es so unsinnig. Mein Vater hatte nichts zu bereuen.“

Felicia sah ihn ungläubig an. „Rätselhaft bleibt es doch!“ versicherte sie. „Und woher kamen jene Klappstühle?“

„Ich bin überzeugt, daß sie auch jener blasse Herr hervorgebracht hat,“ sagte Felicia. „Jedenfalls war er ein ziemlich geschickter Taschenspieler.“

„Und wir selber sind in unserer Angelegenheit nicht um einen Cent weitergebracht,“ gestand Fritz unmutig.

„Im Gegenteil,“ fiel Felicia lebhaft ein. „Ich bin da auf einen ganz besonderen Gedanken gebracht worden, den ich gewiß verfolgen werde.“

„Und welcher wäre das?“ fragten alle drei.

„Auch wir Frauen verstehen schweigend zu handeln,“ sagte sie lachend. „Ich will es mir erst noch alles reiflich überlegen.“

8. Kapitel.

Doktor Waldow war nun schon seit einigen Tagen wieder zu Hause und versuchte alles Trübe und Gräßliche, das hinter ihm lag, zu vergessen. Dazu gab es kein besseres Mittel als die rastlose, unverdrossene Arbeit. Aber er merkte nur zu bald, daß es sehr schwer ist, das einmal gewachte Vorurteil der Menschen zu überwinden. Man begegnete ihm mit Mißtrauen oder gar offenem Uebelwollen, und das gelindeste Böse, was ihm zuteil wurde, war, wenn man seinen Umgang mied und auf der Straße tat, als ob man ihn nicht gesehen hätte, wenn er vorüberging. Sein höflicher Gruß wurde sehr feil erwidert. Bei manchen waren es die Augen allein, die ihn mit ihrer stummen Verfolgung fast zur Verzweiflung trieben. Diese fragenden Blicke, die manchmal ängstlich, dann wieder ironisch oder gar anklagend auf ihn ruhten und sein Inneres zu erschauern suchten, waren fürchterlich für ihn. Sie schienen ihm zuzurufen: „Nun? Du weißt doch etwas von dem Mord! Warum sagst Du's denn nicht? Warst Du etwa selbst dabei beteiligt? Und wenn das nicht der Fall war, in welcher Beziehung stehst Du dann eigentlich dazu?“

Dabei war es mit dem Segen der Arbeit auch nicht. Denn er wurde jetzt als Arzt so gut wie gar nicht in Anspruch genommen. Sein Sprechzimmer blieb leer, höchstens daß sich ab und zu eine arme Frau oder ein harmloses Bäuerlein dahin verirrte. Aber zu den Familien des Ortes wurde er nicht mehr gerufen, seine Praxis bei diesen war wie mit einem scharfen Messer abgeschnitten.

Nun sah er Tag für Tag in seinem Arbeitszimmer und vertiefte sich in das Studium wissenschaftlicher Werke oder experimentierte. Aber vorwärts kam er dabei nicht, und er mußte sich bisweilen bang fragen, was das wohl für ein Ende nehmen sollte. Seine Nervosität wuchs, und des Nachts wälzte er sich ruhelos auf seinem Lager.

Bei solcher Stimmung wurde ihm eines Tages der Polizeikommissar von Bardow gemeldet, der ihn zu sprechen wünsche. Der Beamte war sehr liebenswürdig, geschmeidig wie ein Kat und sprach erst von allerlei gleichgültigen Dingen und Tagesneuigkeiten. Dann erkundigte er sich nach dem Befinden

und der Praxis des Doktors, und als dieser ihm offen seine Lage darlegte, sagte er: „Komm's mir denken, daß es Ihnen so gehen würde, Herr Doktor! Und Sie hoffen, daß es anders werden wird?“

„Wenn ich diese Hoffnung nicht hätte, so hätte ich diesen Ort schon verlassen. Aber ich denke immer, die Menschen werden sich schließlich doch eines Besseren besinnen.“

„Glaube ich nicht! Denn sehen Sie, was man auch sagen mag, der dunkle Punkt bleibt doch immer.“

„Was geht das mich an? Ich bin doch völlig gereinigt von jedem Verdacht.“

Der große, schlaffe Herr verzog bedenklich seinen Mund. „Offiziell ja. Aber wie man bei einem guten Buch immer zwischen den Zeilen lesen muß, so muß man auch hier immer noch seine Nebengedanken haben.“

Waldow runzelte die Stirn. „Sind Sie deshalb zu mir gekommen, Herr Kommissar, um mir das zu sagen und mich wieder zu quälen? Was berechtigt Sie dazu?“

„Ich könnte einfach erwidern, mein Amt. Aber ich will deutlicher sein. Sehen Sie, in jenem Bistek dort fehlte bei unserer kleinen Besichtigung, die wir hier vornahmen, ein Messer. Wo ist es geblieben?“

„Ach so,“ rief Waldow sichtlich erleichtert, „das ist es, was Ihnen auf dem Herzen liegt!“ Dabei klappte er das Bistek auf, und Bardow sah zu seiner Verwunderung, daß der Inhalt vollständig war.

„Wo war das Messer aber damals?“ fragte er.

„Wenn Sie sich die kleine Nische genommen hätten, dort im Schubfach des Waschtisches nachzusehen, so hätten Sie es gefunden. Ich hatte am Tage vorher an einem meiner Patienten hier eine kleine Operation damit vorgenommen, und da ich das Instrument nicht gleich reinigen konnte, so legte ich es dorthin. Jetzt ist es wieder ganz intakt, wie Sie sehen.“

Er hielt dem verdutzten Beamten das Bistek mit einer ironischen Bewegung dicht unter die Nase.

„Also das war's, was Sie bedrückte,“ fuhr er fort. „Immer, wenn man ihn mit einem brutalen Verdacht kam, gewann er seine Ruhe und Geistesgegenwart wieder. Und deshalb beehrte Sie mich mit Ihrem Besuche? Sehr freundlich von Ihnen, das muß ich sagen!“

kaufung liegt nicht nur im Interesse des Einzelnen, sondern auch, im Hinblick auf die Gefahr der Verbreitung von Seuchen, der Allgemeinheit.

Ich ersuche, die Anstalten weitgehend in Anspruch zu nehmen. Eine vorherige telefonische Anfrage bei der Firma wird sich empfehlen. Den eventuellen Anordnungen der Firma, die aus Betriebsrückichten ergeben, ist Folge zu leisten.

Höchst a. M., den 4. Dezember 1918.

Der Landrat: Klausner.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Walter.

Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Am 3. Dezember 1918 wurde eine „Wirtschaftsstelle Frankfurt a. M. für die Bezirke Hessen und Wiesbaden“ mit dem Sitz in Frankfurt a. M., Blittersdorfplatz 27, gegründet.

Das Arbeitsgebiet der Wirtschaftsstelle umfaßt: Allgemeine Arbeiterfragen (Schlichtungsausschüsse, Arbeitsnachweisen, Abfindung der Helfer), wirtschaftliche Demobilisierung, Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, Betriebsaufsicht über Gas- und Elektrizitätswerke, Freigabe von Baustoffen (Ziegel und Dachpappe), Rohstoffe, Schuh- und Bekleidungsversorgung für die Arbeiterschaft, Förderung der Düngerproduktion, Eisenbahnwagenstellung und Entladung, Kohlenbewirtschaftung der gesamten Industrie, Rationierung des Verbrauchs in Gas- und Elektrizität, Fürsorge für weibliche Arbeitskräfte und ihre Kinder, Abfindung der Helferinnen.

Höchst a. M., den 4. Dezember 1918.

Der Landrat: Klausner.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Walter.

Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Zur Durchführung der von der Reichsgetreidestelle eingerichteten Kontrolle ist es notwendig, daß der Verbleib aller ausgestellten Saatkarten überwacht wird. Es müssen deshalb alle Saatkarten, die der Empfänger nicht zum Erwerb von Saatgut benutzt hat, sofort nach Ablauf der Saatzzeit an die Stelle, welche die Saatkarte ausgegeben hat zurückgegeben werden, damit die Wirtschaftskarten der Landwirte, die bei der Ausstellung der Saatkarte mit der angegebenen Menge belastet worden sind, entsprechend benachrichtigt werden können. Ich ersuche deshalb die Landwirte in ihrem eigenen Interesse, sofort sämtliche unbenutzte Karten zurückzugeben.

Höchst a. M., den 7. Dezember 1918.

Der Landrat: Klausner.

Der Arbeiter- und Bauernrat: Walter.

Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Demobilisationsamtes gebe ich bekannt, daß im Kreise Höchst a. M. die bisher erlassenen Beschlagnahmebestimmungen für Leder, Häute und Felle aufgehoben sind.

Die Höchstpreise für Leder, Häute und Felle bleiben bestehen.

Höchst a. M., den 8. Dezember 1918.

Der Landrat: Klausner.

Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Harle Prüfung.

Roman von Max Hoffmann.

36

„Sie dürfen's mir nicht übel nehmen, Herr Doktor. Das ist eben mein Beruf. Und offen gestanden, kommt mir's doch immer noch so vor, als wenn Sie uns etwas verschweigen, was Sie über jene Tat wissen, wenigstens etwas, was damit im Zusammenhang steht. Warum halten Sie es so geheim?“

„Was?“ fragte Doktor Waldow sehr erregt.

„Das frage ich Sie eben.“

„Nichts! Ich weiß gar nichts! Hören Sie? Nicht einen Deut!“ rief der Doktor wild. „Will man mich denn immer wieder quälen? Ist es noch nicht genug, daß ich jetzt den Kampf aus Dasein von neuem aufnehmen muß, daß ich anfechten muß gegen eine Welt von Bosheit und Niedertracht? Soll ich auch von der Polizei seelisch gepeinigt werden?“

Herr von Waldow erhob sich. „Beruhigen Sie sich, Herr Doktor! Es war im Grunde nur eine Anfrage meinerseits. Niemand ist ja schließlich verpflichtet, sich selbst bloßzustellen.“

„Was will man eigentlich von mir?“ fuhr ihn der Doktor an.

Waldow verbeugte sich. „Ich will mich empfehlen, werter Herr Doktor.“

Waldow geneigte sich sehr gemessen, und der Kommissar entsetzte sich gravitätisch.

Also auch von Seiten der Behörde schien man ihn immer noch misstrauisch zu beobachten! Der Doktor kam sich vor wie ein unter Polizeiaufsicht Gestellter, den man von Ort zu Ort hebt, bis ihn nur der Tod oder ein Verbrechen übrig bleibt, um sich durch seine Verurteilung den Verfolgern zu entziehen.

Er schüttelte den Kopf auf die Faust und sah in Nachdenken verloren lange an seinem Schreibtisch. Es mußte anders werden. Aber wie? Er sah keinen Ausweg.

So vor sich hinbrütend, überhörte er das schärfste Klagen an der Tür. Es wurde noch einmal lauter wiederholt, und dann tat sich die Tür auf, und Frau Schulze guckte herein.

Als sie ihren Herrn so apathisch sitzen sah, machte sie die Tür vorsichtig hinter sich zu, trat resolut zu ihm heran und legte ihm die Hand auf die Schulter. „Schrecken Sie mich nicht, Herr Doktor!“ sagte sie freundlich. „Waldow

Bekanntmachung.

General der Infanterie Frhr. v. Soden, Führer des 5. Reservekorps spricht allen Einwohnern des Kreises für die überaus herzliche Aufnahme, welche die aus schweren Kämpfen zurückkehrenden Truppen seiner Gruppe im Kreise Höchst gefunden haben, und für den freundlichen Empfang seinen aufrichtigsten Dank aus.

Höchst a. M., den 12. Dezember 1918.

Der Landrat: Klausner.

Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Das Kreislebensmittelamt ist in der Lage, den stillenden Müttern bis auf weiteres eine monatliche Zuwendung von je 200 Gramm Schokolade in Tafeln zum ungünstigsten Preise von 6.50 Mark per Pfund zu machen.

Die Ausgabe erfolgt seitens der Lebensmittelstellen der Gemeinden und zwar gegen Abgabe einer Bescheinigung des Arztes oder der beidseitigen Hebamme, daß die Empfängerin noch selbst stillt. Diese Bescheinigung ist jeden Monat neu einzureichen.

Höchst a. M., den 6. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Kreises Höchst a. M.

Klausner, Landrat.

Der Arbeitererrat.

Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu redlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungersnot und Ausschreitungen. Schon sind Staat und Gemeinde am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Ingriffnahme größerer Arbeiten und Erteilung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug, auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden Privatbetrieb und Privathaushalt der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Änderungen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und Geschäftsleute jetzt ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

Berlin, den 19. November 1918.

Der Minister für Handel und Gewerbe: Fischbeck.

Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Bekanntmachung.

Bei den Arbeitsnachweisen stehen sich die Arbeitslosen, die Beschäftigung suchen, denen aber nicht genügend Arbeit nachgewiesen werden kann. Dabei fehlt es auf der anderen Seite für wichtige Arbeiten an den notwendigen Arbeitskräften. Die Ernährungsindustrie klagt über

Sie nur ruhig sitzen. Du lieber Gott, das kann ja kein Christenmensch mehr mit ansehen, wie Sie sich abhürnen! Was ist denn bloß los mit Ihnen, Herr Doktor? Beht Ihnen immer noch diese dumme Geschichte mit der Villa da draußen im Kopfe herum? Ach, jemine, das ist ja ein wahres Kreuz für Sie, daß das passiert ist! Und wo Sie doch so unschuldig sind wie Butter an der Sonne!

Ein schwaches Lächeln glitt bei ihren naiven Trostworten über seine verbitterten Züge. „Reinigen Sie, Frau Schulze?“ fragte er leise.

„Ob ich's meine? Na, das ist doch klar, Herr Doktor, daß ein so guter Mensch wie Sie nichts damit zu tun haben kann. Und doch sind die Menschen so töricht und bleiben von Ihnen fort und wollen sich Ihren geschickten Händen nicht mehr anvertrauen.“

Er nickte trüblich. „Der kommt denn noch zu Ihnen oder wer holt Sie? Ich hab's selber beim Bäcker gehört. Da hat mir die Frau gesagt, daß Sie Sie gern wegen ihres Reizens um Rat fragen möchte, aber ihr Mann hat's ihr verboten. Ach, ich hab's ja immer gesagt, die Männer sind schlimmer als die Frauen, wenn sie einen Stein auf den nächsten werfen können. Und eine Dame kenn' ich, Herr Doktor, die sich von niemand wird beeinflussen lassen und Ihnen treu bleibt, was auch alle eiden mögen.“

Er sah sie erstaunt fragend an. Sie dampfte ihre Stimme zu geheimnisvollem Flüstern und sagte fort: „Sie hat sich schon bei mir nach Ihnen erkundigt und wissen wollen, wie es Ihnen geht.“

„Wer?“ fragte er und heuchelte vollkommen Ahnungslosigkeit, während es in seinem Innern lang und jubilierte. „Run, das Fräulein!“

„Welches Fräulein?“

„Aber Herr Doktor! Sie wissen doch ganz gut, wen ich meine! Sie war sogar schon in Ihrer Abwesenheit hier und hat ein langes und breites mit mir gesprochen. Sie hält es nicht für recht, daß Sie sich noch gar nicht wieder bei Ihren Eltern haben sehen lassen.“

„Kann ich denn?“ rief er schwermütig. „Ich bin ja gar nicht sicher, ob mich der alte Herr nicht an der Tür zurückweist. Und dann müßte ich mich doch nicht aussetzen.“

Mangel an Leuten. Die Gütermägen können aus Mangel an Arbeitern nicht schnell genug entladen werden. Auch in der Kohlenförderung werden Kräfte benötigt. Dieser ungesunde Zustand kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeitgeber die zu besetzenden offenen Stellen unverzüglich dem nächsten, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis melden. Nur dann ist ein Ausgleich zwischen Arbeitsuchenden und offenen Stellen möglich. Auch die Erwerbslosenunterstützung kann verständlich nur durchgeführt werden, wenn alle vorhandene Arbeitsgelegenheit den Arbeitsnachweisen bekannt ist, da Unterstützung nur denen gewährt werden darf, für die tatsächlich keine Arbeit vorhanden ist. Alle Arbeitgeber sind daher verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch Post und Eisenbahn. Für Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen wird gesorgt.

Berlin, den 27. November 1918.

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung: Roeth.

Bekanntmachung.

Diejenigen Industrie-, Handels-, Handwerk-, Landwirtschaft- usw. Betriebe, sowie diejenigen Behörden, welche Arbeitskräfte einstellen können, können bei den Stadt- und Gemeindebehörden Kartenvordrucke zur zahlenmäßigen Anforderung unentgeltlich erhalten. Diese Karten sind nach Ausfüllung dem Arbeitsnachweis, hier, Hauptstraße 75, unmittelbar weiterzusenden. Da bei dem hiesigen Arbeitsnachweis sich bereits eine große Anzahl Arbeitsuchender gemeldet hat, bitte ich den Bedarf mit besonderer Beschleunigung anzumelden.

Höchst a. M., den 5. Dezember 1918.

Der Landrat: Klausner.

Der Arbeiter- und Bauernrat: Walter.

Wird veröffentlicht.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: J. B.: Der Beigeordnete Müller.

Rundschau.

An die deutschen Arbeiter!

Berlin, 14. Dez. (W. B.) Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgenden Aufruf an die deutschen Arbeiter:

Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr. Drohende Katastrophen zeichnen sich täglich deutlicher ab. Vergesst nicht, wie wir stehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist verödet, unsere Vorräte sind aufgebraucht, unser Vieh abgeschlachtet, unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern sind abgenutzt, stellenweise ruiniert. Die wichtigsten Rohstoffe mangeln, drückende Waffenstillstandsbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit. Ungleichmäßig sind die Lasten, die der siegreiche Feind uns aufbürdet. Arbeiter in Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben und das, was unweigerlich auf den Bürgerkrieg folgt: Verwüstung aller Errungenschaften der Revolution, Eurer Revolution. Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit und kann nur bestehen auf der Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen, aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, verflucht sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt.

„Nein, nein, Sie meinen, Sie würden mit offenen Armen empfangen werden.“

„So? Und warum ladet mich der Justizrat dann nicht zu sich ein? O, ich weiß, ich würde der Familie vielleicht willkommen sein, aber auf einem Gesellschaftsabend möchten Sie mich doch nicht dort haben. Und ich möchte die Familie Feinroth vor der unangenehmen Lage bewahren, von den anderen schief angesehen zu werden, weil Sie einen Verfeindeten, wie ich es bin, bei sich geduldet hat.“

„Das habe ich ja alles dem Fräulein Emmi auch schon gesagt.“ versicherte die Alte dem Jüngling, „aber Sie meinten, das wäre übertrieben. Was gehen uns die Besuche an? Sagte Sie. Meine Eltern tun das, was ich haben will, und ich will haben, daß Herr Doktor Waldow wieder bei uns verkehrt, denn ich muß ihn sehen und sprechen, und dann hat Sie noch was ganz Besonderes hinzugefügt.“

„Was war das?“

„Ich weiß eigentlich nicht, ob ich's sagen darf, Herr Doktor, gestand die besorgte Frau zögernd.“

„Warum wollen Sie mich auch noch mit Vermutungen quälen, wo ich schon so viel zu leiden habe?“

„Na, das ist ja wahr, und da will ich's Ihnen nur sagen. Also Sie sagte: Ich kann nicht leben, wenn ich ihn nicht bald wieder spreche.“

Der Doktor blickte sie strahlend an und ergriff dankbar ihre Hand. „Es fehlt nicht viel, so hätte er diese geliebt. Das — das hat Sie gesagt?“ brachte er vorlegen heraus.

„O, und wenn Sie von Ihnen spricht, dann leuchten ihre Augen so glücklich! Herr Doktor! Da haben Sie eine treue Seele gefunden. Da ist das Bild Ihres Lebens, das lassen Sie sich nicht entgehen! Und Sie werden Justizrats besuchen, nicht wahr?“

„Er sah sie gestreut an. „Schon gut, liebe Frau Schulze, ich werd's mir überlegen.“

„Nein, nicht erst lange überlegen.“ bestimmte sie energisch. „Ich muß es bestimmt wissen, denn — ich will doch dem Fräulein vorher einen Biot geben, wann Sie kommen.“

„Run, so werde ich morgen hingehen.“

„Run Sie das, Herr Doktor! Es wird eben zum Fagen gehen.“

Arbeiter, bleibt nicht in den großen Städten zusammengebrängt, wo die Industrie Euch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Rohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil Lebensmittel nicht herangebracht werden können. Geht hinaus aufs Land und in die Städte der Provinz! Kräfte, die in Berlin und anderen Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsnachweisern! Sie werden Euch sagen, wo Ihr lohnende Arbeit findet, die Euch nährt und das Volk retten hilft. Keiner darf sich jetzt darauf versteifen, an dem Orte zu verbleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Vernunft, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt Dasein, Freiheit und Zukunft unserer sozialistischen Republik. Arbeiter! Schüßet Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion; Rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung.

Polen und Deutschland.

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ schreiben: Die polnische Regierung hat die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und dem deutschen Gesandten in Warschau, Grafen Harry Kessler, die Pässe zugestellt. Graf Kessler befindet sich mit dem gesamten Personal auf der Rückreise nach Deutschland. Es ist hier nicht bekannt, welche unmittelbaren Vorgänge auf die Entschliebung der polnischen Regierung von Einfluß gewesen sind. Der Telegrammenverkehr des deutschen Gesandten in Warschau war schon seit längerer Zeit abgeschnitten; so wurde es ihm verweigert, mit Berlin durch Chiffretelegramme zu verkehren.

Das Warschauer Regierungsorgan „Monitor“ veröffentlicht ein Dekret der polnischen Regierung, durch das die Wahlen zur Konstituante auf den 26. Januar 1919 angesetzt werden. Das preussische Teilgebiet soll an der Wahl teilnehmen und zwar in folgenden Wahlbezirken: Korthaus mit 12 Mandaten, Allenstein mit 12, Thorn mit 12, Polen mit 13, Gostyn mit 12, Oppeln mit 13, Beuthen mit 9, Rattowitz mit 9, Danzig mit 5, Flator mit 7, Neisse mit 3.

Die Armee Scholz.

Das Oberkommando Scholz — früher in Madonien, zur Zeit auf dem Rückmarsch durch Ungarn als Teil der Armee Mackensen — bittet um Aufnahme und möglichst weite Verbreitung nachfolgender durch einen Offizier des Oberkommandos überbrachten Notiz:

„Alle Angehörigen des Oberkommandos sowie der ihm zur Zeit noch unterstellten Truppen, 16. Landwehr-Division, 218. Infanterie-Division, 226. Infanterie-Division befinden sich ebenso wie alle Wirtschaftseinrichtungen bei bestem Wohlfühlen auf dem Rückmarsch durch Ungarn. Verpflegung ist reichlich vorhanden. Infolge mangelnder Postverbindung möge dies den Angehörigen als unmittelbare Mitteilung und zur Beruhigung dienen.“

Die Versorgung Deutschlands.

Haag, 15. Dez. Aus London meldet das „Hambelblad“: Der Korrespondent des „Daily Express“ hatte in Berlin ein Interview mit Ebert. Dieser legte besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß die Entwicklung des politischen Zustandes nicht von der Lebensmittelfrage zu trennen sei. So wenig Aussicht in Deutschland bestünde, daß die Deutschen aus politischen Gründen Bolschewiki würden, so sicher sei es, daß dies möglich wäre aus Mangel an Lebensmitteln. Unglücklicherweise hänge die Sicherung der Lebensmittelförderung nicht von der Regierung ab. Das Ganze sei im hohen Maße abhängig von der politischen Weisheit bei den früheren Feinden. Nicht allein im eigenen Interesse, sondern im Interesse Europas sei es ein großer Unterschied, ob das Zentrum des Bolschewismus in Moskau oder in Berlin sich finde. Jeder Deutsche würde es schmerzhaft empfinden, wenn die Entente Berlin besetzen würde. Ebert glaubt, daß die zeitweilige Unterdrückung des Bolschewismus durch die Anwesenheit fremder Truppen die Folge hätte, daß die Bewegung später noch heftiger ausbrechen. Man könne im Augenblick keine politische Organisation in Deutschland zustande bringen, ohne den Lebensmittelfaktor zu vergrößern. Es handle sich nicht darum, die jetzige Regierung zu beschützen, sondern die deutsche Revolution gegen die Angriffe von innen her.

(Frankf. Ztg.)

Wilhelm II.

Amsterdam, 16. Dez. (W. B.) Das „Maandblad“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß man antilichersits versucht habe, den früheren deutschen Kaiser dazu zu bewegen, Holland freiwillig zu verlassen, um die mit seinem Aufenthalt im Lande für Holland verbundenen ernstlichen Gefahren zu beseitigen. Der Kaiser soll auf dieses Ersuchen nicht eingegangen sein.

Der deutsche Kronprinz.

Berlin, 15. Dez. Der „Deutschen Zeitung“ wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß der deutsche Kronprinz nach Ausbruch der Revolution beim Soldatenrat naheinander versucht habe, als Heerführer bei der Armee bleiben zu dürfen, ihm die seinem Alter entsprechende Stellung in der Armee zu belassen und schließlich als gemeiner Soldat bei der Truppe zu bleiben. Als alle diese Forderungen abgelehnt wurden, habe er gebeten, sich dann als Zivilist zu seiner Familie begeben zu dürfen. Erst als auch das abgelehnt wurde, habe er sich zur Flucht entschlossen.

Spartakus-Jugendbund.

Berlin, 16. Dez. (W. B.) Spartakus-Jugend: Dreizehn- bis siebzehnjährige Mädchen und Jungen zogen Armend unter Hochrufen auf Liebknecht und Rosa Luxemburg nach dem Abgeordnetenhause. Sie forderten Sechshundenarbeit für Jugendliche unter 16 Jahren, Abschaffung der Wehrpflicht und des Zuchtstrafrechtes, Schaffung des Jugendgesetzes unter der Mitwirkung Jugend-

licher, die Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahr. Ein siebzehnjähriger Bursche drohte, wenn diese Forderungen vom Volksrat nicht durchgesetzt würden, werde dieser die Macht der Demonstranten zu fühlen bekommen.

Die deutsche Botschaft in Spanien.

Basel, 14. Dez. (Priv.-Tel. der Frankf. Ztg.) Die „Neue Korrespondenz“ meldet aus Paris: Wie der „Temps“ berichtet, hat die spanische Regierung laut einer Mitteilung des Blattes „El Sol“ eine Note nach Berlin gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß der deutsche Botschafter Prinz Ratibor für die spanische Regierung eine unerwünschte Persönlichkeit sei. Nach Eintreffen der Antwort aus Berlin wird die spanische Regierung dem Prinzen alle Erleichterungen bereiten, damit er nach Deutschland zurückkehren kann. Dasselbe gilt für den deutschen Militärattache Kalle, dessen Gegenwart nicht länger geduldet wird.

Lokale Nachrichten.

Unter Vorgesur. Die „Schwanheimer Zeitung“ steht von heute ab unter der Zensur der französischen Besatzung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unser Blatt durch die damit verbundenen Einschränkungen und Verzögerungen, die sich vielleicht in den ersten Tagen störend bemerkbar machen, nicht zur gewohnten Zeit erscheint. Wir bitten dies im Voraus als eine Begleiterscheinung der seit gestern eingetretenen neuen Verhältnisse hinnehmen und uns entschuldigen zu wollen.

Die Geschäftsstelle der „Schwanheimer Zeitung.“

Lebensmittel. Der dieswöchige Fleisch- und Wurstverkauf auf die Reichsleischkarten findet morgen Mittwoch statt, der Wurstverkauf unter Vorlage des Lebensmittelbuches am Donnerstag. Im Rathaus ist Weizenkraut zu haben, das Pfund zu 4 Pfennig.

Einstellung des Personenverkehrs. Infolge der Ablieferung unseres rollenden Materials gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages muß eine weitgehende Beschränkung des Verkehrs eintreten. U. a. ist wie zu Kriegsbeginn mit der völligen Einstellung des Personenverkehrs zu rechnen.

Notiz. Zu der vom Kriegsamt nach dem Stande vom 1. Januar 1918 neu bearbeiteten Zusammenstellung von Gesetzen, Bekanntmachungen und Verfügungen betr. Kriegsrohstoffe nebst deren Nachträgen, Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen ist das 5. Ergänzungsblatt nach dem Stande vom 1. November 1918 erschienen. Dieses Ergänzungsblatt wird den Beziehern der Zusammenstellung ohne Anfordern kostenfrei nachgeliefert. Sollte die Nachlieferung nicht erfolgen, so ist dasselbe bei der Stelle anzufordern, durch welche die Zusammenstellung bezogen worden ist. Neue Bezieher können die Zusammenstellung zum Preise von 1 Mark (einschl. der Ergänzungsblätter) von der zuständigen Kriegsamtstelle, mit Ausnahme von Meh, Düsseldorf und den Kriegsnebenstellen, erhalten.

Ein Frankfurter Kazzarettzug ausgeplündert. Im Bahnhof Michelstadt im Odenwald wurde ein Frankfurter Kazzarettzug gründlich ausgeplündert. Sämtliche Betten, Wäschestücke, Schränke, Sofas, Stühle, Tische, Schwestern sind aus den Wagen verschwunden, bis nur noch der kahle Zug auf den Gleisen stand.

Warnung vor Mohn als Tabakersatz. In verschiedenen Veröffentlichungen sind auch die Blätter, die Stengel und die reifen Kapseln des im Inlande angebauten Mohnes als Tabakersatzstoffe empfohlen worden. Gegen eine derartige Verwendung dieser Pflanzenteile, namentlich der Mohnkapseln, äußert das Gesundheitsamt wegen der damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren Bedenken. Es ist mit dem Uebergang kleiner Morphiummengen in den Rauch zu rechnen, wenn Mohnkapseln dem Tabak zugefügt werden, und es würden sich ähnliche Giftwirkungen bemerkbar machen, wie sie beim Rauchen von Opium beobachtet werden. Das hinsichtlich der Kapseln Gesagte gilt wahrscheinlich auch bis zu einem gewissen Grade von den übrigen Teilen der Schlafmohnpflanze.

Die französische Zeitbezeichnung macht bei „zwölf“ nicht Halt, sondern sie zählt weiter bis 24. Sie beginnt nachts 1 Uhr und nennt die Stunden bis zur nächsten Mitternacht der Reihe nach von 1 bis 24, so daß die ersten 12 Stunden mit unserer bisherigen Bezeichnung übereinstimmen, während mittags 1 Uhr zur 13. Stunde, 2 Uhr zur 14. Stunde wird, usw. Was wir 8 Uhr abends nannten, ist nach der französischen Bezeichnung „20 Uhr“ und Mitternacht „24 Uhr“.

Öffentliche Volksversammlung. Die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei auf letzten Sonntag nachmittag im Schwerbergerschen Saale einberufene öffentliche Versammlung konnte infolge schwachen Besuches erst mit einstündiger Verspätung eröffnet werden. Der Referent, Herr Fortune-Höfist, bemängelte auch den schwachen Besuch und meinte, daß demzufolge hier in Schwanheim noch viel parteipolitische Aufklärung nötig sei. Einleitend seines Referates holte er weit aus, bis zum Regierungsantritt des gewesenen Kaisers. Dieser hätte bei seinem Regierungsantritt dem deutschen Volke versprochen, daß er es herrlichen Verhältnissen entgegenführen werde, dabei auf die heutigen Verhältnisse hinweisend. Auf die Ursachen des Krieges eingehend, erklärte er, daß das österreichische Ultimatum an Serbien so gestellt gewesen sei, daß der Krieg unvermeidlich war. Während des Krieges hätten wir dreimal Gelegenheit gehabt, zu einer Verständigung zu kommen, die man aber nicht genutzt habe. Einmal vor Einführung der englischen Wehrpflicht, dann vor Beginn des verschärften U-Bootkrieges und später beim Friedensschluß von Brest-Litowsk, den er scharf verurteilte und wobei sich so recht deutlich zeigte,

daß Deutschland nicht ein Parlamentsstaat, sondern, unter Hinweis auf General Hoffmann, ein Militärsaat gewesen sei. Der Reichstag hätte eine Laubstroschpolitik getrieben. Die Einmischung der Militärs in die Politik, welche unseren Zusammenbruch herbeigeführt hätte, geißelte er in scharfen Worten. Er besprach dann die bekannten Vorgänge bei der Flotte, welche zur Revolution geführt haben und diese dann selbst. Auf die Nationalversammlung eingehend, betonte er, daß bis dahin noch viel zu tun sei. Seiner Meinung nach sei dieselbe zu früh einberufen worden. Er betonte aber, daß er kein Gegner der Nationalversammlung sei. Die Sozialisierung der Großbetriebe sei erforderlich. Der Tätigkeit der Frauen während des Krieges gedachte er in anerkennenden Worten. Als Lohn hierfür sei ihnen das Wahlrecht verliehen worden. Er streifte dann noch die Tätigkeit der verschiedenen Parteien, die jetzt alle demokratisch sein wollten. In der Diskussion kam Genosse Weber-Griesheim, Anhänger der Mehrheitssozialisten, zunächst auf die Auswüchse in den letzten Wochen, namentlich auch auf die Blünderungen zu sprechen, und daß es so nicht weiter gehen könne. Wir brauchten vor allem Ruhe und Ordnung und warnte vor dem Bürgerkrieg. Er ist auch für Sozialisierung der Großbetriebe. Nachdem er noch die Schwierigkeiten der Ernährungsfrage und der Rohstoffversorgung gestreift hatte, klangen seine Worte aus in dem Rufe nach einem geeinten Sozialismus. Der zweite Diskussionsredner, Herr Künzel-Schwanheim, stellte die Ausführungen der beiden Redner einander gegenüber. Er geißelte ebenso wie sein Vorredner, Herr Weber, die verdächtigen Ausdrücke auf die Sozialdemokratie in Zentrumsversammlungen. Einig ist er mit den beiden Rednern in bezug auf die Aufklärung der Frauen, wie er überhaupt für eine rege Agitation eintrat. In seinem Schlusswort sagte der Referent, Herr Fortune, daß er mit Herrn Weber darin einig sei, daß beide sozialdemokratische Parteien die Revolution schützen wollen, aber doch so lange getrennt zu marschieren, bis beide Parteien an dem Einheitspunkt angelangt seien. Die Bekämpfung der Spartakusgruppe lehne er ab, sein Kampf gelte nur nach rechts. Auch lehne er die Bekämpfung des Bolschewismus ab. Er steht in der Annullierung der Kriegsanleihen nicht das größte Uebel, auch für den kleinen Mann nicht. Dieser habe jedenfalls im Laufe der Jahre infolge der ungeheuren Schuldenlast an Steuern viel mehr aufzubringen, als der Verlust von einigen 100 oder 1000 Mark Kriegsanleihe bedeutet. Auch Weber-Griesheim glaubt, daß die Kriegsanleihen sanft entschlafen werden, aber er meint, daß es überflüssig sei, sich heute schon den Kopf darüber zu zerbrechen. Nach einem kurzen Schlusswort des Versammlungsleiters wurde die Versammlung geschlossen.

Gegen die Angstverkäufe in Kriegsanleihen wenden sich die „Berl. Pol. Nachr.“ in folgenden Ausführungen: „Angesichts der starken Kursrückgänge an der Börse hat sich das Publikum vielfach zu Angstverkäufen in Kriegsanleihe verleiten lassen. Auf Anfrage an zuständiger Stelle erfahren wir, daß zu irgend welchen Beunruhigungen nicht der geringste Anlaß vorliegt. Die Reichsregierung wird unbedingt an den Zusagen festhalten, die den Zeichnern der Kriegsanleihen gegeben worden sind. Die Sicherheit der Kriegsanleihen ist unter allen Umständen verbürgt, die pünktliche Zinszahlung ebenso unbedingt gewährleistet. Die erste und wichtigste Aufgabe der kommenden Steuergegebung wird die Aufbringung und Sicherstellung der Mittel sein, die der Zinsdienst der Kriegsanleihen erfordert. Die Regierung ist sich aber auch bewußt, daß dem unberechtigten Kursrückgang Einhalt getan werden muß. Gegenwärtig schweben Verhandlungen darüber, mit welchen praktischen Mitteln der Rückstrom der Kriegsanleihen eingedämmt werden kann. Diese Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß. Die Bekanntgabe weittragender Maßnahmen, die für die weitesten Kreise des deutschen Wirtschaftslebens von besonderer Bedeutung sind, ist bereits in den nächsten Tagen zu erwarten. Es kann also nur auf das allerdringendste davon abgesehen werden, Kriegsanleihe zu einem weit unter dem Emissionspreis liegenden Kurse zu verkaufen. Die Besitzer der Kriegsanleihen seien darauf hingewiesen, daß die Kriegsanleihen bereits jetzt bei der Entrichtung der Kriegsteuer und beim Ankauf von Heeresgerät zum Nennwert an Zahlungsstatt angenommen werden. Diese Bevorzugung der Kriegsanleihen wird aller Voraussicht nach auf weitere Steuern, insbesondere auch auf eine Vermögensabgabe, ausgedehnt werden. Wer also jetzt zu niedrigem Kurse verkauft, schädigt sich selbst in empfindlicher Weise, indem er sich um den Vorteil bringt, den die Zinszahlungsgabe von Kriegsanleihe bei der Entrichtung von Steuern und bei Ankäufen aus öffentlichen Beständen gewährt.“

Der Handel mit getragenen Uniformen freigegeben. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbehörden ist das alleinige Recht der Kommunalverbände und einiger anderer behördlich zugelassener zum entgeltlichen Erwerb von getragenen Uniformen aufgehoben. Die getragenen Uniformen dürfen von jetzt ab auch von Geschäften, besonders von Altkleiderhandlungen, gekauft werden.

Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten. Der in Eingaben an die Reichsbehörden und Reichstag vielfach gewünschte Einbeziehung der Empfänger einer Altersrente aus der Invalidenversicherung in den Kreis derjenigen Personen, denen aus Anlaß der anhaltenden Teuerung eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird, ist durch eine Verordnung vom 2. Dezember entsprochen worden. Vom 1. Januar 1919 ab erhalten darnach die Altersrentenempfänger eine monatliche Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente. Die Zulage kann in dem einfachen Verfahren, das für die Klärung der Zulage der Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente vorgesehen ist, erhoben werden. Die Zulage ist zunächst nur für die Zeit bis 31. 12. 1919 in Aussicht genommen.

Der 1918er im Rheingau. Der 1918er Herbst ist jetzt allenthalben beendet, nachdem die diesjährige Lese bis in die ersten Dezembertage sich ausgedehnt hatte. Eine Verspätung, die in früheren Jahren selten vorkam. Das lange Hinausschieben hatte infolge des anhaltend milden Wetters seinen Vorteil. Während Anfang November das Ergebnis höchstens 90—95 Grad Celsius auswies, ergab sich in einzelnen Fällen Ende November 100—110 Grad. Der 1918er wird demnach im Rheingau dort, wo mit der Lese lang gewartet worden ist, seinem Vorgänger an Güte nicht nachstehen.

Abbau der Bezugsscheinpfllicht. Die Bezugsscheinpfllicht ist aufgehoben für: Strümpfe, Socken und Stutzen, Kopfschüler, Brustschüler, Kniewärmer, Leibbinden, Halsbinden, gestrickte Schals, Pulswärmer, Schwiizer (Sweater) jeder Art, gestrickte, gewirkte oder gehäkelte Damenwesten, gewirkte Korsettschoner und Untertaillen (Trikotbinden und -Jacken sind bezugscheinpfllichtig), Brusthalter, Büstenhalter, Niederbügel, Gerabehälter und ähnliche Gegenstände, Matten, fertiggewirkte Inlets, abgepackte Kopftücher, Schals und Umschlagtücher, Reise- und Schlafdecken, Decken für Tiere.

Beschlagnahme von Leder, Häuten, Fellen usw. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob und inwieweit die Beschlagnahmebestimmungen im besetzten und im neutralen Gebiet weiter gelten. Nach einer telegraphischen Befragung der Kriegsrathstoffabteilung des Kriegsamts Berlin sind in den besetzten Gebieten die Beschlagnahmebestimmungen für Leder, Häute, Felle aufgehoben. Die Höchstpreise bleiben bestehen. In der neutralen Zone bleiben alle Bestimmungen bestehen. Wo sie etwa aufgehoben sind, werden sie wiederhergestellt, auch bezüglich der Treibriemen bleiben in der neutralen Zone die seither geltenden Bestimmungen in Kraft.

Herrenloses Heeresgerät. Die Reichsregierung erläßt folgende Mahnung: „Millionenwerte gehen dem Reich verloren dadurch, daß Heeresgeräte, Waffen, Bekleidung und Pferde von unberechtigter Seite unter der Hand verkauft werden. Alle Kommandobehörden und Arbeiter- und Soldatenräte werden dringend ersucht, diesem unrechtmäßigen Verkauf mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die unberechtigten Verkäufer und Käufer von Staatseigentum setzen sich schwerster Bestrafung aus. Alle militärischen und zivilbehördlichen werden ersucht, herrenloses Heeresgerät zu sammeln und für gesicherte Ablieferung an die zuständigen Sammelstellen zu sorgen.“

Beschlagnahme der Lebensmittelvorschriften. Um der irrtümlichen Auffassung entgegenzutreten, als ob mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft seien, wird darauf hingewiesen, daß die genaue Einhaltung der Vorschriften betr. Abgabe von Nahrungsmitteln nur gegen Karten,

Verfütterungsverbote usw., im gegenwärtigen Augenblick mit verschärfter Genauigkeit durchgeführt werden müssen, wenn eine Stöckung der Lebensmittelversorgung in den wichtigsten Verbrauchsgebieten vermieden werden soll. Wann die von den Entente-Ländern in Aussicht gestellte Zufuhr von Lebensmitteln eintreffen und zur Verteilung kommen kann, und wie groß diese Mengen bemessen sein werden, steht noch in keiner Weise fest. Nur die strikte Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems und die Beachtung der erlassenen Vorschriften kann das deutsche Volk vor der Hungersnot bewahren.

Unsere Schuhversorgung. Ueber die Schuhversorgung der Zivilbevölkerung veröffentlicht die Reichskommission für Schuhversorgung folgende Mitteilung: Die bisher für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stehenden Leder-mengen ergaben nach der Ueberschätzung der letzten Monate, auf das Jahr gerechnet, etwa 20 Millionen Paar Lederschuhwerk. Hiernach könnte ungefähr der dritte Teil der Bevölkerung des Deutschen Reiches im Jahre ein Paar Lederschuhe erhalten. Durch den Wegfall des Heeresbedarfs darf eine erhebliche Steigerung der Schuherzeugung erwartet werden. Die Steigerung wird sich indessen nur langsam vollziehen, da von den 600 Schuhfabriken der größte Teil wegen der bestehenden Lederknappheit stillgelegt war. Die Wiederaufnahme der Arbeit hängt davon ab, wann die Fabriken die notwendigen Rohstoffe und Rohlen erhalten. Vorausgesetzt, daß zu dem vorhandenen Bodenleder auch die nötigen Mengen Oberleder für Zivilschuhwerk beschafft werden können, werden die Lederabfälle im Laufe von ungefähr 6 Monaten eine Verdoppelung der jetzigen Schuherzeugung von 20 auf 40 Millionen Paar ermöglichen. Es werden somit bis weit in 1919 hinein höchstens 75 Prozent der Bevölkerung für das Jahr ein Paar Lederschuhe erhalten können. Sämtliche entbehrlichen militärischen Bestände an Schuhwerk und Leder werden nach einem Uebereinkommen zwischen Heeresverwaltung und Reichskommission dem Zivilbedarf zur Verfügung gestellt.

Schuh-Requisitionen. Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat die Gemeindevorstände darauf aufmerksam gemacht, daß viele Ausfertigungsstellen immer noch zu viel Schuhbedarfscheine ausstellen. Die Reichsstelle für Schuhversorgung weist deshalb erneut darauf hin, daß jede Person innerhalb von 12 Monaten nur Anspruch auf einen Schuhbedarfschein hat, und daß auch dieser nur ausgestellt werden darf, wenn sie wahrheitsgemäß versichern kann, daß sie nicht mehr als ein Paar gebrauchsfähiger Schuhe oder Stiefel mit Ledersohle besitzt. Darüber hinaus können Schuhbedarfscheine nur ausgestellt werden, wenn eine Bescheinigung über die Abgabe von zwei Paar getragener, aber noch gebrauchsfähiger Schuhe mit Leder-sohle vorgelegt wird. Bei Kindern bis zu 6 Jahren kann

auch nach Abgabe von nur einem Paar gebrauchter Schuhe ein zweiter Schuhbedarfschein im Laufe eines Jahres erteilt werden. Die Bedarfschein-Ausfertigungsstellen haben das Recht, die Versicherungen der Antragsteller, daß sie nur ein Paar Schuhe oder Stiefel besitzen, durch Nachschau im Haushalte der Antragsteller nachprüfen zu lassen.

Weihnachten in Bethel!

In unruhiger und dunkler Zeit sehnt sich die Welt nach Licht und Frieden. Friede auf Erden und Licht für die trauernden Herzen, das wünschen wir uns alle als größtes Weihnachtsgeschenk. Darum blicken wir aus Not und Leid der Erde auf das himmlische Kind, das arm wurde, um uns durch seine Liebe reich zu machen.

Ein Abglanz dieser ewigen Liebe sollen die Weihnachtsgaben sein, um die wir wiederum die Freunde von Bethel bitten. Fast 2500 Kranke, Kinder und Heimatlose sind hier gesammelt. Dazu kommen die verwundeten Krieger, von denen nun schon fast 23 000 hier gepflegt wurden und etwa 1800 unsere Weihnachtsgäste sein werden. Für alle hoffen wir auf eine kleine Gabe. Je schwerer die Zeit, um so mehr Hilfe haben wir nötig. Alles nehmen wir dankbar an: Kleidungsstücke, Tabak und Zigarren, Bilder, Bücher, Spiele oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreuen kann. Je eher es geschieht, um so dankbarer sind wir. Mit herzlichem Weihnachtsgruß an die Freunde von Bethel F. v. Bodelschwinge, Pastor.

Kirchliche Anzeigen.

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch, Fest. Jahrtag für Josef Anton Bender u. des. Schwanheim a. M., geb. 1841, dann gest. 1891, der schmerzhaft. Mutter Gottes für H. R. Ottilie Schneider und deren Eltern.

Donnerstag, 2. Gedenktage für den gefallenen Krieger August Bender, dann gest. Jahrtag für Georg Joh. Pentz ledig. Freitag, gest. Amt für Joh. Salzen 3. u. Marg. Kallenbach, dann Gedenktage für die Lebrerin Marg. Jäger.

Samstag, Fest des hl. Nikolaus Thomas. Halb 8 Uhr: Gest. Amt für Georg Herber, des. Schwanheim a. M., geb. 1841, dann Mutter Kath. geb. Klein, im St. Josephshaus; Gest. Jahrtag für Georg und Ant. Herber. — Nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr: Beichtgelegenheit. — 5 Uhr: Salve.

Mittwoch, Freitag und Samstag sind gebotene Quatembertage. — Dem Fasten- und Abknechtungsgebot ist dispensiert.

Donnerstag, den 12. Dezember: Gemeinschaftl. hl. Kommunion der Frauen und der Klassen IIIa und IIIb.

Das kath. Pfarramt.

Vereinskalender.

Singsverein Hadertramp. Sonntag mittags 1 Uhr: Singsstunde. Zweck: Aufrechterhaltung der künftigen Proben, werden alle Mitglieder ersucht, fortan pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Plan

über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in Schwanheim (Main) liegt bei dem unterzeichneten Postamt von heute ab vier Wochen aus.

Schwanheim a. M., 14. Dezember 1918.

Postamt.

Vorschussverein Schwanheim

E. G. m. u. H.

Donnerstag, den 19. Dezember, nachmittags von 1—4 Uhr werden die Sparkassenzinsen ausbezahlt. Die Sparkassenscheine sind zu diesem Zwecke mitzubringen. Die Spar- und Creditmarken werden Freitag, den 20. von 1/5—1/7 und Samstag, den 21. von 2—5 Uhr beigeschrieben. Wegen bevorstehenden Jahresabschlusses können dieselben nur noch vor den Feiertagen entgegen genommen werden.

Der Vorstand.

Lebensmittelverkauf.

Mittwoch, den 18. ds. Mts., wird auf die Reichsleischkarten verkauft:

bei **P. Schneider:**
Nr. 1056—1105 von 1—2 Uhr nachm. 200 g Kalbfleisch
" 126—165 " 200 g Rindfleisch
" 266—380 " 100 g Rindfleisch u. 100 g Wurst
" 351—415 " 3—4 " 100 " 100 "

bei **A. May:**
Nr. 416—490 von 1—2 Uhr nachm. 100 g Rindfleisch u. 100 g Wurst
" 491—520 " 200 " "
" 521—620 " 2—3 " 200 " "
" 621—720 " 3—4 " 200 " "
" 721—780 " 4—5 " 200 " "
" 1106—1135 " 4—5 " 200 " "

bei **Jon. Nicolai:**
Nr. 781—880 von 1—2 Uhr nachm. 100 g Rindfleisch 100 g Wurst
" 881—950 " 100 " 100 "
" 1136—1170 " 2—3 " 200 " "
" 1171—1295 " 3—4 " 200 " "

bei **Ph. Henrich:**
Nr. 166—265 von 1—2 Uhr nachm. 100 g Rindfleisch 100 g Wurst
" 266—1000 " 2—3 " 100 " 100 "
" 1001—1055 " 3—4 " 100 " 100 "
" 1296—1373 " 4—5 " 200 " "
" 1—125 " 5—6 1/2 " 200 " "

Es gelangen an Erwachsene 200 g, an Kinder 100 g zur Ausgabe gegen 10 bzw. 5 Fleischkartenabschnitte. Der Preis für Rindfleisch beträgt 2,25 Mk., für Kalbfleisch 2.— Mk., für Wurst 1.25 Mk. pro Pfd.

Donnerstag, den 19. ds. Mts., wird unter Verlage des Lebensmittelbuchs Wurst verkauft:

bei **Ph. Henrich**
Nr. 1216—1373 von 8—10 Uhr vorm.
" 1—60 " "

Es gelangt auf jede Person 1 Pfd. zur Ausgabe. Preis 88 Pf.

Im Rathaus wird Weisskraut verkauft, das Pfd. zu 4 Pf.

Schwanheim a. M., den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister. I. V.: Der Beigeordnete Möller.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere innigstgeliebte, gute und brave Tochter, liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Susanna

Mitglied des III. Ordens

nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, gestärkt durch den öfteren Empfang der hl. Sterbesakramente, gestern abend 11 Uhr im vollendeten 20. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die tiefbetrübten Eltern:
Michael Koleski
Geschwister und Anverwandte.

Schwanheim a. M.,
den 17. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet statt:
Donnerstag, den 19. Dezember 1918, nachm. 1/2 3 Uhr
vom Sterbehause Baronessenstrasse 25.

Sämtliche Drucksachen

für Industrie, Handel und Gewerbe, sowie für den Privatgebrauch liefert schnell, sauber und billig die

DRUCKEREI P. HARTMANN

SCHWANHEIM A. M.

Baronessenstraße 3. Telefon Hansa 1720

Drei schöne Hasen

zum Schlachten gesucht. Näheres im Verlag des Blattes.

Schöner grosser Puppenwagen

gegen kleineren, zu vertauschen oder zu verkaufen. Näh. i. d. Exped. d. Bl. (1301)

Alle 1898er

Kameraden und Kameradinnen werden, zwecks Sterbefall, auf heute abend 1/7, französischer Zeit, zu Gastwirt Jos. Mohr eingeladen.

Die Einberufer.

Mann

für Gartenarbeit gesucht.
Allee-Strasse 7.

Äderpflüge

zu verkaufen. Griesheim a. M., Kaiserstrasse 111.

Gut erhaltener
Puppenwagen
sowie eine Singer-Nähmaschine zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. 1310

Getragene
Militär- u. Zivilsachen
Schnür- und Fussballstiefel, Tennisschläger, Photo. App. A.-Mod., Damenwintermantel, Stola, Muff und Damenschürstiefel zu verkaufen Allee-Str. 2.